

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD – Drucksache 17/2506 –

Entwicklung der Solarpartnerschaft in der Mittelmeerunion

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Union für das Mittelmeer (Mittelmeerunion) ist eine Partnerschaft der Europäischen Union mit den Mittelmeeranrainerstaaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, deren Ziel der nachhaltige Ausbau von Sicherheit und Stabilität in der Region ist. Sie wurde am 13. Juli 2008 in Paris gegründet und setzt die bereits 1995 eingeleitete Nachbarschaftspolitik des sogenannten Barcelona-Prozesses fort. Die Arbeitsweise der Mittelmeerunion konzentriert sich auf einzelne, konkrete Projekte aus den Bereichen Umweltschutz, transnationale Verkehrsnetze, Maßnahmen des gemeinsamen Katastrophenschutzes sowie Energie-, Bildungs- und Mittelstandsprojekte.

Ein Schwerpunkt der Mittelmeerunion soll der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Vernetzung der Mittelmeeranrainerstaaten mit der Europäischen Union sein. Diesem Zweck soll auch das Projekt „Plan für Sonnenenergie/Mediterraner Solarplan“ dienen, bei dem in Nordafrika erzeugte Solarenergie nach Europa exportiert würde. Dieses Projekt hat klima- wie energiepolitisch eine hohe strategische Bedeutung. Am 5. März 2010 wurde dafür im Beisein von 43 Staaten in Barcelona ein Sekretariat unter der Leitung des Jordaniers Ahmed Massade eröffnet, um die Solarpartnerschaft zwischen den EU-Staaten, den Mittelmeeranrainern Afrikas und dem Nahen Osten voranzutreiben.

1. Welche Bedeutung sieht die Bundesregierung in den „Sonnenländern“ für eine transnationale europäische Energieversorgung?

Neben der Sicherstellung einer nachhaltigen und klimaschonenden Energieversorgung in den sonnenreichen Ländern Nordafrikas zur Deckung des dort rapide steigenden Energiebedarfs, kann der Import von Solarstrom aus diesen Ländern perspektivisch einen Beitrag leisten für die zukünftige Energieversorgung in Europa, die zunehmend auf erneuerbaren Energien basieren wird. Auch die Weiterentwicklung der innovativen Technologie solarthermischer Kraftwerke (Concentrating Solar Power, CSP) spielt eine wichtige Rolle. Durch deren Speicherfähigkeit können solarthermische Kraftwerke perspektivisch einer von vielen Bausteinen sein, um die künftige, bedarfsgerechte Energieerzeugung durch erneuerbare Energien auch in Deutschland sicherstellen zu helfen.

2. Welche Ziele, welche Maßnahmen, welchen Zeitrahmen und welches finanzielle Volumen umfasst der Mediterrane Solarplan der Mittelmeerunion?

Der Solarplan für den Mittelmeerraum hat zum Ziel, die Rahmenbedingungen zu setzen, um 20 GW neu installierte Kapazität zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen in der Mittelmeerregion bis 2020 zu errichten. Auf dem nächsten Treffen der Energieminister der Union für den Mittelmeerraum, das ursprünglich für den 2. bis 3. Juni in Kairo vorgesehenen war und dessen neuer Termin noch nicht feststeht, soll ein Solarplanstrategiepapier verabschiedet werden, das den weiteren Weg beschreibt. Es ist vorgesehen, dass in Umsetzung dieses Strategiepapiers die ökonomischen, rechtlichen und energiepolitischen Fragen in einem Masterplan herausgearbeitet, analysiert und bewertet und mögliche Rahmenbedingungen für die Umsetzung zukünftiger Projekte erarbeitet werden.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorhaben einer Energiepartnerschaft zwischen EU und Mittelmeerstaaten?

Der Ausbau strategischer Energiepartnerschaften mit den wichtigsten Liefer-, Transit- und Verbraucherländern ist für die EU mit Blick auf die langfristige Gewährleistung einer sicheren, kostengünstigen und umweltverträglichen Energieversorgung von besonderer Bedeutung (so auch der EU-Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit und -solidarität von 2009). Die Bundesregierung unterstützt daher ausdrücklich die seit langem bestehende partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mittelmeerstaaten im Energiebereich. Wichtige Elemente der Zusammenarbeit sind die regelmäßig stattfindenden Ministertreffen zwischen der EU und den Mittelmeeranrainern und die Umsetzung des auf der 5. Euromed-Ministerkonferenz in Limassol (2007) beschlossenen Aktionsplans 2008 bis 2013.

4. Wie sieht die Bundesregierung das Verhältnis zwischen der Solarplaninitiative, der Desertec-Initiative und der jüngst lancierten französischen Industrieinitiative „Transgreen“, und wie plant die Bundesregierung Kohärenz zwischen diesen Initiativen herzustellen?

Der Solarplan hat sich zum Ziel gesetzt, die notwendigen Rahmenbedingungen für künftige Projekte zu erarbeiten und umzusetzen zu helfen. Die eigentliche Projektrealisierung sollte primär durch private Initiativen erfolgen. Das DESERTEC-Projekt und das Transgreen-Projekt sind solche privatwirtschaftlichen Initiativen. Es ist grundsätzlich nicht Aufgabe der Bundesregierung, Kohärenz zwischen privatwirtschaftlichen Initiativen herzustellen, sondern in sich schlüssige Rahmenbedingungen aufzubauen. Die Bundesregierung stimmt sich allerdings mit der französischen Regierung wie auch der Europäischen Kommission, dem Sekretariat der Union für den Mittelmeerraum und anderen europäischen Partnern zur Frage der angemessenen politischen Flankierung der privatwirtschaftlichen Initiativen ab.

5. Inwiefern hat das Projekt für die Bundesregierung eine strategische Bedeutung für die künftige Energiepolitik?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

6. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit dem Sekretariat und zwischen den beteiligten Regierungen, und welche Kompetenzen hat das Sekretariat?

Das Sekretariat der Union für den Mittelmeerraum wird gegenwärtig in Barcelona aufgebaut. Nach Vorstellung der Bundesregierung soll die Umsetzung des Solarplans in enger Zusammenarbeit zwischen dem Sekretariat und nationalen Experten der Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum und der EU-Kommission erfolgen. Die genaue Zusammenarbeit wird sich im Laufe der Aufbauphase des Sekretariats konkretisieren.

7. Welche Ziele und Konzepte hat die Bundesregierung in die Planungen eingebracht?

Die wissenschaftliche Grundlage für die Idee zur Förderung von Solarstrom in der Wüste bilden drei vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit geförderte Studien, die das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) in enger Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten aus dem MENA-Raum (MENA = Middle East and North Africa) erstellt hat. Darüber hinaus hat die Bundesregierung maßgeblich an der Verabschiedung des Solarplans und an der Erarbeitung des Strategiepapiers mitgewirkt und hier insbesondere erreicht, dass ein zentraler Fokus auf die Entwicklung eines schlüssigen Gesamtkonzepts und geeigneter Rahmenbedingungen gelegt wird. Die Bundesregierung wird auch weiterhin die Erarbeitung und Lösung der konzeptionellen Fragen zur Umsetzung des Solarplans aktiv begleiten.

8. Wie versucht die Bundesregierung sicherzustellen, dass die Interessen aller EU-Staaten bei der Planung und Organisation der Mittelmeerunion und des Solarplans ausreichend berücksichtigt werden?

Auf die Antwort zu Frage 6 wird verwiesen.

9. Wie wird die Finanzierung des Mittelmeer Solarplans gesichert?

Die Erarbeitung der notwendigen Rahmenbedingungen soll mit Unterstützung der nationalen Experten in den Ministerien der Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum erfolgen, gegebenenfalls unter Hinzuziehung von weiteren Experten. Die Europäische Kommission hat zudem das Projekt „Paving the Way to the Mediterranean Solar Plan“ ausgeschrieben, durch das Expertenwissen zum Aufbau des Solarplans mit 5 Mio. Euro über 3 Jahre finanziert werden soll.

Hinsichtlich möglicher Projektfinanzierungen ist geplant, über den Clean Technology Fund (CTF) bei der Weltbank 750 Mio. US-Dollar im Rahmen eines regionalen Investitionsprogramms zur Förderung der CSP-Technologie (Solarthermie) in 5 Ländern der MENA-Region (Algerien, Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien) für Kofinanzierungskredite zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus bestehen im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Möglichkeiten, durch konzessionäre Kredite zusammen mit anderen Gebern, den Ausbau regenerativer Energie zu fördern. Dies kann von deutscher Seite insbesondere unter Verwendung von Mitteln aus der Initiative für Klima- und Umweltschutz (IKLU) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erfolgen.

Des Weiteren stellt die Bundesregierung Mittel zur bilateralen Umweltzusammenarbeit bereit. Im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) fördert das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

derzeit zwei Projekte in Algerien und Marokko zur Förderung des Solarplans für den Mittelmeerraum mit einem Gesamtvolumen von 2 432 000 Euro.

10. Welche Bedeutung hat das Projekt für die Bundesregierung
 - a) energiepolitisch,
 - b) klimapolitisch,
 - c) sicherheitspolitisch und
 - d) industriepolitisch?

Hinsichtlich der Fragen 10a und 10b wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien zur Deckung des wachsenden Energiebedarfs in den Ländern Nordafrikas und die Perspektive zum zukünftigen Export von Strommengen nach Europa bietet der Solarplan Anreize für die Privatwirtschaft, ermöglicht es Europa, klimafreundliche Energiequellen zu erschließen und trägt zur Energiesicherheit in der gesamten Region bei. Damit hat der Solarplan ein erhebliches wirtschaftliches und beschäftigungspolitisches Potenzial für die MENA-Region und trägt darüber hinaus zu grenzüberschreitendem und Konflikte reduzierendem staatlichen Handeln bei.

Der Solarplan ist das zentrale Projekt, mit dem die UfM-Mitgliedstaaten (UfM: Union für das Mittelmeer) in aller Sorgfalt die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen können, um diese Zielsetzung zu erreichen und damit die Planung und Finanzierung von Anlagen zur CO₂-neutralen Elektrizitätsgewinnung im großen Stile voranzutreiben.

11. Wie bewertet die Bundesregierung die Energieinfrastruktur im Mittelmeerraum, insbesondere die Netzinfrastruktur?
12. Wie will die Bundesregierung den notwendigen Netzbau von Nordafrika nach Europa unterstützen und vorantreiben?
13. Wie will die Bundesregierung den Absatz des nordafrikanischen „Sonnenstroms“ in Deutschland sicherstellen?
Kommen für die Bundesregierung zu diesem Zweck neue regulatorische Rahmenbedingungen in Betracht?
14. Mit welchen Maßnahmen versucht die Bundesregierung, die Beteiligung deutscher Firmen an der Umsetzung des Solarplans zu sichern?
15. Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung in den südlichen Mittelmeerstaaten eine dezentrale Energieversorgung fördern?
16. Wie werden die deutschen Energieinteressen, insbesondere bei der Beteiligung deutscher Forscher im Bereich Solarthermie und Photovoltaik, sichergestellt?

Die Fragen 11 bis 16 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, gemeinsam mit dem Sekretariat der Union für den Mittelmeerraum, den nationalen Experten der anderen Mitgliedstaaten sowie der EU-Kommission aktiv an der Erarbeitung der rechtlichen, ökonomischen und energiepolitischen Fragestellungen und Lösungsmöglichkeiten mitzuwirken und auf ein energie-, klima- und entwicklungspolitisch schlüssiges Gesamtkonzept zur Förderung erneuerbarer Energien im Mittelmeerraum hinzuwirken.

Im Rahmen der Exportinitiative Erneuerbare Energien unterstützt die Bundesregierung Kooperationen zwischen deutschen Unternehmen und Interessenten aus den nordafrikanischen Ländern, um mit Hilfe der führenden deutschen Technologien zum Klimaschutz in der Region beizutragen.

Die Bundesregierung fördert bereits im Rahmen der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und der bilateralen Umweltzusammenarbeit Vorhaben zur dezentralen Energieversorgung im Bereich erneuerbarer Energien und Energieeffizienz in der MENA-Region.

Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

17. Welchen Beitrag leistet die Bundesregierung, um das Projekt voranzutreiben
 - a) finanziell,
 - b) personell und
 - c) wissenschaftlich?

18. Welche Ministerien sind, wie die bisherigen Verhandlungen vorgesehen haben, unmittelbar am Sekretariat beteiligt mit welchen
 - a) Personen,
 - b) Projekten und
 - c) wissenschaftlichen Instituten?

Die Fragen 17 und 18 werden zusammen beantwortet.

Das Sekretariat der Union für den Mittelmeerraum befindet sich gegenwärtig im Aufbau. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beabsichtigt, ab Mitte September 2010 einen Experten für erneuerbare Energien in das Sekretariat der Union für den Mittelmeerraum zu entsenden.

Die wissenschaftliche Grundlage für die Idee zur Förderung von Solarstrom in der Wüste bilden drei vom Bundesumweltministerium geförderte Studien, die das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. in enger Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten aus dem MENA-Raum erstellt hat. Das Auswärtige Amt finanziert das internationale Projekt enerMENA (Energy in Middle East and North Africa) mit 4,5 Mio Euro (2009 bis 2011), das das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. leitet. Das Projekt soll der Stärkung der technologischen Zusammenarbeit mit Nordafrika bei Planung und Bau solarthermischer Kraftwerke dienen sowie dem Ausbau lokaler Kapazitäten. Die Bundesregierung fördert bereits Projekte im Bereich erneuerbare Energien und Effizienz in der MENA-Region.

Auf die Antworten zu den Fragen 6, 9 sowie 11 bis 16 wird verwiesen.

